

Sitzungsniederschrift

16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: KVHS Forum Norden, Uffenstr. 1, 26506 Norden		
Sitzungsdatum: 18.12.2024	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Forster, Hans	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
de Vries, Kevin	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Harms, Uwe	CDU/FDP	Vertretung für Herr Udo Weilage
Krüsmann, Enno	SPD	
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
Ubben, Hilde	FW im Landkreis Aurich	
Grundmandat		
Stauß, Detlef	AfD	
Beratende Mitglieder		
Frieden, Helene		Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Saathoff, Peter		Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden

Tobiassen, Bernd	Ausländerbeauftragter
------------------	-----------------------

Verwaltung

de Groot, Jens	Amt für Jugend und Soziales
de Vries, Enno	Stellv. Leiter Amt für Jugend und Soziales
Falterbaum, Annalena	Amt für Jugend und Soziales
Kleen, Holger	Amtsleiter Jobcenter
Müller, Michael	Leiter Amt für Jugend und Soziales
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Winzenborg, Silke	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Biller, Anita	SPD
Seeberg, Timo	SPD
Weilage, Udo	CDU/FDP

Beratende Mitglieder

Caspers, Matthias	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Pieschke, Bärbel	Behindertenbeauftragte

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.10.2024 - öffentlicher Teil - |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Sachstandsbericht Flüchtlingssituation |
| 7. | Zuständigkeitsverlagerung der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) und der beruflichen Rehabilitation (Reha) |
| 8. | Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Aurich e.V.; Erhöhung des Zuschusses für das Übernachtungsheim für Obdachlose und Nichtsesshafte
Vorlage: X/2024/157 |
| 9. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen |
| 10. | Einwohnerfragestunde |
| 11. | Schließung der Sitzung |



Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Forster eröffnete um 15.01 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Forster stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Ergänzend zur Tagesordnung wies der **erste Kreisrat Dr. Puchert** darauf hin, dass Frau Hoyer-Saad als neues Mitglied des Ausschusses verpflichtet werden müsse. Er erklärte, dass Frau Hoyer-Saad die neue Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes Norden sei und die Position von Herrn Hülsebus übernommen habe. Für die Verpflichtung müsse zunächst die ausgehändigte Pflichtbelehrung unterschrieben werden. **Frau Hoyer-Saad** teilte mit, dass sie die Belehrung erst durchlesen müsse. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** wies darauf hin, dass sie ohne Unterschrift noch kein Mitglied des Ausschusses sei und nur als Gast an der öffentlichen Sitzung teilnehmen könne. Damit war Frau Hoyer-Saad einverstanden.

Vorsitzender Forster begrüßte Frau Hoyer-Saad. Da keine weiteren Anmerkungen vorlagen, stellte er die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.10.2024 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung vom 01.10.2024 wurde bei drei Enthaltungen - wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es waren keine Einwohner anwesend. Dementsprechend lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 6 **Sachstandsbericht Flüchtlingssituation**

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Enno de Vries, stellvertretender Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. **Herr de Vries** stellte anhand der vorliegenden Präsentation (Anlage 1) den aktuellen Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation vor und erläuterte die Aufnahmesituation für den Zeitraum vom 01.10.2024 bis 31.03.2025. Er berichtete, dass bisher 237 Flüchtlinge aufgenommen worden seien und der Landkreis voraussichtlich bis Ende März 2025 noch 359 Flüchtlinge aufnehmen müsse. Zudem erklärte er, dass die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge nicht aus der Ukraine komme und dass die Herkunftsländer der Personen sehr unterschiedlich seien. **Herr de Vries** betonte, dass neu in der Darstellung die Altersstruktur berücksichtigt worden sei. Weiterhin ging er auf die Belegungskapazitäten ein und erklärte, dass bis Ende März 2025 noch Kapazitäten vorhanden seien. Ab Januar 2025 könnten Personen in das Gebäude in Georgsfeld einziehen.

Abgeordnete Ubben wollte gerne die Bedeutung des Begriffs „Resettlement“ wissen. **Herr de Vries** erklärte, dass es sich dabei um Personen handle, die besonders schutzbedürftig seien. Er erläuterte, dass es sich um humanitäre Aufnahmeprogramme handle und die Personen speziell dafür zugewiesen würden.

Abgeordneter de Vries interessierte sich für eine Aufschlüsselung der verschiedenen Nationalitäten. **Herr de Vries** erklärte, dass die Übersicht nachgereicht werden könne.

Herr Köhler fragte in diesem Zusammenhang nach der Altersstruktur und wollte wissen, aus welchem Land die Kinder kämen. **Herr de Vries** teilte mit, dass auch diese Informationen nachgereicht werden könnten.

Abgeordneter Trauernicht fragte, warum Utlandshörn nur zu einem Drittel belegt sei und woran dies liegen könnte.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass Utlandshörn eine andere Bedeutung habe. Die Unterkunft sei für die Erstversorgung gedacht, und die Personen würden dort nicht dauerhaft untergebracht, sondern schnellstmöglich weitervermittelt. Eine geringere Belegung in Utlandshörn sei daher als positiv zu werten. Je höher die Belegung, desto schwieriger wäre die Situation, was bedeuten würde, dass die Kapazitäten der dauerhaften Unterkünfte nicht ausreichend wären.

Abgeordneter Albrecht lobte die Verwaltungstätigkeit und wollte gerne wissen, wie hoch die Anzahl der Personen sei, die wieder zurückgehen.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales, erklärte, dass es die Zahlen gebe und diese vom Ordnungsamt geführt würden. Die Zahlen könnten nachgeliefert werden.



Abgeordneter Krüsmann wünschte sich eine Aufstellung über die Anzahl der Personen, die 65 Jahre und älter sind. **Herr Müller** teilte mit, dass dies ebenfalls nachgeliefert werden könne.

Abgeordneter Fohrden erkundigte sich nach dem Stand der Flüchtlingsunterkunft in Georgsfeld. **Herr Müller** erklärte, dass die Unterkunft ab Januar 2025 belegt werden könne. Eine Informationsveranstaltung sei mit einer Rundführung durch das Gebäude durchgeführt worden.

Abgeordneter Fohrden interessierte sich weiterhin dafür, ob bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf die familiäre Zusammenführung geachtet werde, insbesondere wenn die einzelnen Familienmitglieder in verschiedenen Landkreisen untergebracht seien. **Herr Müller** erklärte, dass bei der Zuweisung der Personen bereits darauf geachtet werde. Es gebe jedoch im Nachhinein auch die Möglichkeit umzuziehen.

Abgeordneter Tammen erschien zur Sitzung um 15:21 Uhr.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag und übergab das Wort an **Herrn Tobiassen**. **Herr Tobiassen** äußerte, dass es ihm ein besonderes Bedürfnis sei, über die aktuelle Situation der syrischen Flüchtlinge und die Rückkehrdebatte zu berichten.

Die Stellungnahme wurde von Herrn Tobiassen im Nachgang der Sitzung zur Verfügung gestellt (Anlage 2).

Abgeordneter Forster bedankte sich bei Herrn Tobiassen für dessen Beitrag und äußerte den Wunsch, Gastredner einzuladen, die aus Syrien stammen. Er betonte, dass diese Personen ihre Situation darstellen könnten. **Vorsitzender Forster** hielt es für wichtig, mit den Menschen zu sprechen, und regte daher an, im nächsten Jahr einen Schutzsuchenden einzuladen.

Abgeordnete Ubben fragte, ob es unbedingt Syrer sein müssten oder ob sich auch andere Staatsangehörige vorstellen könnten. **Vorsitzender Forster** erklärte, dass Syrien ein aktuelles Thema sei und dass dieses Thema die Anwesenden massiv beschäftigen würde. Daher äußerte er seine konkrete Anregung, dass sich ein Syrer vorstellen solle.

Vorsitzender Forster regte weiterhin an, dass ein Mitglied des Runden Tisches an den Sitzungen dieses Ausschusses teilnehmen könne. Er betonte, dass das Mitglied als Expertise wertvoll wäre.

TOP 7 **Zuständigkeitsverlagerung der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) und der beruflichen Rehabilitation (Reha)**

Vorsitzender Forster übergibt das Wort an **Herrn Kleen, Amtsleiter des Jobcenters**.

Herr Kleen informierte darüber, dass die Zuständigkeit für die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) sowie die Zuständigkeit für die Förderung der beruflichen Rehabilitation (Reha) zum 01.01.2025 vom Jobcenter auf die Agentur für Arbeit übertragen werde.

Es wurde berichtet, dass die Maßnahmen zukünftig über die Agentur für Arbeit gezahlt und abgewickelt werden. Die Personen würden jedoch weiterhin über das Jobcenter begleitet werden. Die Landkreise Aurich, Leer und Wittmund hätten ein einheitliches Verfahren entwickelt und mit der Agentur für Arbeit abgestimmt. Die Räumlichkeiten würden das Jobcenter gemeinsam mit der Agentur nutzen. Der Start sei für den 01.01.2025 geplant. **Herr Kleen** habe zudem berichtet, dass die Zusammenarbeit mit der Agentur gut funktioniere und in Zukunft eventuell noch weitere Maßnahmen miteinander verknüpft werden könnten.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag und regte an, im Ausschuss einen Bericht über das Projekt der aufsuchenden Arbeit zu hören. Er stellte fest, dass viele Menschen die Arbeitsaufnahme verweigerten. Bei dem Projekt gehe man auf die Leute zu und hinterfrage die Gründe. Für das nächste Jahr schlug er vor, einen Bericht über die Effekte des Projekts zu hören sowie eine Vorstellung der Maßnahmen des Jobcenters.

Herr Kleen erklärte, dass die Maßnahmen vorgestellt werden. Er wies jedoch darauf hin, dass die Maßnahmeplanung überarbeitet werden müsse. Die Haushaltslage des Bundes sei angespannt, und vor Juli 2025 werde wahrscheinlich kein Haushalt verabschiedet. Daher werden die Maßnahmen priorisiert und hinterfragt, was die Maßnahmeplanung schwierig mache.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag.

TOP 8 **Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Aurich e.V.; Erhöhung des Zuschusses für das Übernachtungsheim für Obdachlose und Nichtsesshafte**
Vorlage: X/2024/157

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**.

Herr Müller erläuterte kurz die Sach- und Rechtslage der Beschlussvorlage. Er erklärte, dass das Übernachtungsheim seit vielen Jahrzehnten betrieben werde. Der Landkreis Aurich und die Stadt Aurich unterstützten die Einrichtung jeweils zur Hälfte mit einem Zuschuss. Seit dem 01.01.2023 sei beschlossen worden, dass der Zuschuss jährlich bei den Personalkosten um die lineare Personalkostenentwicklung und bei den Sachkosten um die von der Industrie- und Handelskammer festgesetzte Steigerung des Lebenshaltungskostenindexes erhöht werde. Nach diesen Kriterien könne der Zuschuss für 2024 jedoch nicht erhöht werden, da die Personalkosten nicht regelhaft gewachsen seien und die Spenden zurückgegangen seien. Da die Finanzierung nicht mehr auskömmlich sei, bittet das DRK um eine Erhöhung des Zuschusses für das Jahr 2024.

Weiter teilte **Herr Müller** mit, dass eine Evaluation des Angebots stattfinden werde. Er erklärte, dass geprüft werden müsse, welche Maßnahmen genau stattfinden und woher die Menschen kommen. Es sei wichtig zu klären, ob es sich um Personen handle, die freiwillig oder nicht freiwillig obdachlos geworden seien. Zudem müsse festgestellt werden, ob die Menschen überwiegend aus dem Stadtgebiet Aurich oder aus dem übrigen Kreisgebiet kämen.

Vorsitzender Forster regte an, dass die Verwaltung mit dem DRK ins Gespräch kommen solle und auf die wohnungslosen Frauen hinweisen müsse. Er betonte, dass die Situation immer prekärer werde. Das DRK könnte hierzu im Ausschuss berichten.

Herr Müller erklärte, dass auch der Frauenanteil Teil der Evaluation sein werde.

Beschlussvorschlag:

Der Zuschuss des Landkreises Aurich für die Personal- und Sachkosten des Übernachtungsheimes für Obdachlose und Nichtsesshafte wird für das Jahr 2024 auf maximal 99.000,00 € festgesetzt und ab dem 01.01.2025 jährlich bei den Personalkosten um die lineare Personalkostenentwicklung und bei den Sachkosten um die von der Industrie- und Handelskammer festgesetzte Steigerung des Lebenshaltungskostenindexes angepasst.

Die Vereinbarung mit dem Deutschen Roten Kreuz Kreisverband Aurich e.V. wird entsprechend angepasst. Gleichzeitig wird eine Evaluation dieses Angebotes bis zum 30.04.2025 vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Abgeordnete Ubben fragte, ob es die Möglichkeit gebe, das Übernachtungsheim zu besichtigen. Sie wies darauf hin, dass es am Kanal in Aurich Wohnungen für Frauen gebe und dass eventuell eine Besichtigung möglich wäre.

Erster Kreisrat Dr. Puchert schlug vor, zunächst die Evaluierung abzuwarten, und dann könne konkret geprüft werden, welche Maßnahmen realisierbar seien, um die längerfristige Versorgung der Obdachlosen zu gewährleisten.

Herr Köhler äußerte den Wunsch, dass sich der Landkreis Aurich mit einem Zuschuss an der Arbeitsloseninitiative beteiligen solle. Die ehrenamtlichen Beratungen hätten inzwischen eine hohe Anzahl erreicht. Da durch die Beratung dem Jobcenter teilweise Arbeit erspart bleibe, sollte eine Förderung in Betracht gezogen werden.

TOP 10 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Forster schloss die Sitzung um 15:55 Uhr.



Frau Hoyer-Saad verließ die Sitzung, da sie nicht verpflichtet werden konnte und daher als Gast lediglich für den öffentlichen Teil teilnahmeberechtigt war.

gez. Forster
Vorsitzender

gez. Winzenborg
Protokollführerin